

Wahlprüfsteine BUND und NABU Kreis Mettmann

1. Flächenverbrauch

In den nächsten Jahren soll es einen Boom an Neubauten, insbesondere zur Schaffung von preiswertem Wohnungsbau geben. Der Regionalplan Düsseldorf sieht seit der Änderung „Mehr Wohnbauland am Rhein“ im schon dicht besiedelten Kreis Mettmann bereits zahlreiche zusätzliche Baugebiete im Außenbereich vor, u.a. in Monheim, Langenfeld, Hilden, Mettmann, Ratingen, Wülfrath und Velbert. Werden Sie sich für den Schutz des Außenbereiches vor Versiegelungen, für ausgleichende Begrünungsmaßnahmen bei einer Bebauungsverdichtung im Innenbereich (Dach- und Fassadenbegrünung) und für ein verstärktes Flächenrecycling einsetzen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Vorbemerkung: Wir bedanken uns für Ihre Fragen und werden, so gut es geht, darauf antworten. Bei den hochkomplexen Sachverhalten, die Sie ansprechen, sind immer mehrere unterschiedliche Interessen abzuwägen. Daher wird dem eine Ja/Nein-Beantwortung bzw. schwarz-weiß Betrachtung aus unserer Sicht nicht gerecht. Gerne legen wir unsere Argumente im Fließtext dar.

Im Kreis Mettmann steigen in den letzten Jahren aufgrund hoher quantitativer Nachfrage die Preise für Wohnungen und Häuser enorm. Es wird gerade für Familien, aber auch für ältere Menschen, immer schwerer, adäquaten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher müssen wir neuen Wohnraum schaffen. Zugleich müssen wir selbstverständlich in unserem dicht besiedelten Kreis achtsam mit der noch verfügbaren Fläche umgehen.

Daher gilt: Innenverdichtung vor Bebauung im Außenbereich. In Erkrath entsteht beispielsweise ein neues Wohnquartier mit 650 Wohneinheiten auf einer bereits versiegelten Fläche (zweitgrößte Klimaschutzsiedlung in NRW!) Als Land unterstützen wir ein verstärktes Flächenrecycling über den AAV (Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung) und haben dessen Mittel um 2 Mio. Euro jährlich aufgestockt. Ebenfalls setzen wir uns für Dach- und Fassadenbegrünung ein und fördern dies über die Mittel des kommunalen Klimaschutzes.

Die neue Initiative „Bau.Land.Leben“ des Bauministeriums hat bisher schon 2.130 ha in 240 Kommunen aktivieren können. Die Landesinitiative richtet sich an Kommunen, Investoren und Eigentümerinnen und Eigentümer von ungenutzten Flächen, um Hemmnisse bei der Aktivierung von ungenutzten und brachgefallenen Grundstücken zu überwinden und Kommunen mit einer „Entwicklungsgesellschaft auf Zeit“ bei der Entwicklung neuer Baugebiete zu unterstützen.

Des Weiteren wurde das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) beauftragt, auf Basis des Leitfadens zur „Erfassung von Brachflächen“ ein landesweites Brachflächenkataster aufzubauen, bei dem Brachflächen ab 500 m² erfasst werden sollen.

Wie Sie sehen, gehört ein schonender Umgang mit dem Gut „Fläche“ zu unserem Markenkern. Dennoch darf die Baupolitik nicht vom Bedarf abgekoppelt werden.

2. Natur- und Landschaftsschutzgesetz

Naturschutzgebiete stehen in dicht besiedelten Gebieten unter einem extremen Nutzungs- und Erholungsdruck. Im Kreis Mettmann betrifft es v.a. die Restflächen der Bergischen Heideterrasse (Further Moor, Hildener Heide), das Neandertal und die Bachtäler im nördlichen Kreisgebiet. Auch sehen wir noch großen Handlungsbedarf zur Förderung von Biotopverbundstrukturen im Kreis Mettmann für eine effektive Vernetzung von wertvollen Lebensräumen.

Die durch das Landesnaturschutzgesetz eingesetzte ehrenamtliche Naturschutzwacht (§ 69 LNatSchG) weist die zuständigen Behörden auf zahllose nachteilige Veränderungen in der Landschaft hin. Diese werden oft nicht tätig, weil es an einer erforderlichen personellen und finanziellen Ausstattung fehlt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für gesetzliche Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes ausreichend Finanzen und Personal zur Verfügung stehen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Uns liegen die Naturschutzgebiete sehr am Herzen. Obwohl wir in NRW ein sehr dicht besiedeltes Land sind, auf dessen kleiner Fläche doppelt so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie in ganz Schweden leben, gibt es bei uns die meisten Naturschutzgebiete deutschlandweit (insgesamt 3.258). 8,1 Prozent unserer Landesfläche sind Naturschutzgebiet und damit sind wir in der Spitzengruppe. Deutschlandweit sind es nur 6,3 Prozent. Baden-Württemberg und Bayern haben nur 2,4 bzw. 2,3 Prozent.

Wir werden die staatlichen Stellen mit ausreichend Personal und Finanzen unterstützen.

3. Artenschutz

Der dramatische Schwund an Pflanzen und Tieren ist neben der Klimakrise eine essentielle Zukunftsfrage. Trotzdem hat eine Landtagsmehrheit erst im Jahr 2021 die Volksinitiative Artenvielfalt abgelehnt. Auch der Kreis Mettmann ist ein bedeutender Lebensraum für seltene und bedrohte Arten wie Zauneidechse, Steinkauz und Kiebitz. Wenn ihre Lebensräume erhalten bleiben, profitieren davon unzählige andere Tier- und Pflanzenarten, die auf spezielle Biotop angewiesen sind. Werden Sie sich für die konsequente Umsetzung von Artenhilfsprogrammen einsetzen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Die CDU teilt das Anliegen der Volksinitiative Artenvielfalt. In den Ausschusssitzungen und Sachverständigenanhörungen im Landtag wurde klar, dass wir dieselben Ziele verfolgen. Lediglich die Wege zur Erreichung der Ziele unterscheiden sich. Wir wissen um die Wichtigkeit der Natur für das Leben der Menschen und der von ihr erbrachten Ökosystemdienstleistungen. Diese Leistungen werden wir weiterhin schützen und erhalten. Hierzu gehören u.a. der Ausbau des Ökolandbaus, der Verzicht von Pflanzenschutzmitteln und Kalkung im Landesforst, der Brachlegung von Waldflächen sowie dem Erhalt von Totholz, der Stärkung der Biologischen Stationen, der effizienten Vernetzung von Biotopen durch Hecken,

Alleen, Waldstreifen, Wegrainen Ackerrandstreifen, Feldgehölzen oder Seen, der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, der Stärkung des Vertragsnaturschutzes und der Förderung der Wälder.

4. Klimaschutz

Bis zum Jahr 2025 sollen etwa 45 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. So sieht es das Erneuerbare-Energien-Gesetz vor.

Sehen Sie Potential im Kreis Mettmann für den Ausbau (z.B. mit neuen Windenergieanlagen oder Solarenergieparks auf versiegelten Flächen oder entlang von Autobahnen) und werden Sie sich für den beschleunigten, naturverträglichen Ausbau einsetzen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Das neue EEG sieht (gem. Koalitionsvertrag der „Ampel-Parteien“ auf Bundesebene) sogar einen Anteil der Erneuerbaren Energien von 80 % bis 2030 als Ziel vor. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird daher auch im Kreis Mettmann voranschreiten. Sehr großes Potential besteht bei der Errichtung von PV-Anlagen, vorrangig auf Dachflächen. Daneben können auf Parkplätzen, nicht genutzten Seen oder anderen versiegelten Flächen PV-Anlagen entstehen. Nach den Zielen unserer NRW-Energieversorgungsstrategie soll die installierte Leistung an PV in NRW bis 2030 verdrei- oder sogar vervierfacht werden. Dabei ist gerade für die Windenergie natürlich immer nach Standorten zu suchen, die erstens für die Energieproduktion sinnvoll und zweitens auch umsetzbar sind. Der Schutz von Mensch und Natur ist für uns beim Ausbau erneuerbarer Energien nicht weniger wert als bei allen anderen Bauvorhaben.

Ob gerade der Kreis Mettmann mit seiner dichten Besiedelung, wie Sie selbst betonen, der optimale Standort für z.B. Windparks ist, darf bezweifelt werden.

5. Landwirtschaft

Viele Regionen in NRW, darunter auch der Kreis Mettmann, verfügen noch über weitgehend traditionell geprägte landwirtschaftliche Strukturen. Doch auch hier müssen sich Familienbetriebe dem ruinösen Wettbewerb mit großen Konzernen stellen. Gleichzeitig gibt es durch die dichte Bevölkerung gute Ausgangsbedingungen für die regionale Vermarktung.

Sind Sie für die Förderung einer naturverträglichen und sozial gerechten Landwirtschaft und werden Sie sich für eine finanzielle Unterstützung für Vermarktungs- sowie für ein biotop- und artenschutzwirksames Kulturlandschaftsprogramm einsetzen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Gerade die vielen kleinen und mittleren, überwiegend familiengeführten Landwirtschaftsbetriebe im Kreis Mettmann stellen für uns das Idealbild der Landwirtschaft dar. Dennoch befindet sich Landwirtschaft im Wandel mit Blick auf höhere Anforderungen an Klima-, Arten- und Naturschutz sowie Tierwohl, was sie – gerade auch mit Blick auf die ausländische Konkurrenz – unter wirtschaftlichen Druck setzt. Wir fördern deshalb die Landwirtschaft als modernen Wirtschaftszweig mit

Fokus auf Klimaneutralität und setzen in diesem Strukturwandel auf Begleitung, Kooperation und Unterstützung. Land und Forstwirte sollen mit Biodiversität und Naturschutzleistungen Geld verdienen können. Zusätzliche Ökosystemleistungen, die gesellschaftlich gefordert werden, müssen angemessen finanziell ausgeglichen werden.

Wir setzen auf Kooperation statt auf Regulierung und Ordnungsrecht und setzen auf freiwillige Leistungen im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen. Diese müssen in der neuen Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Zahlungen aus der 1. Säule weiterhin einkommensstützende Grundprämien enthalten.

Um den Strukturwandel auch so unbürokratisch wie möglich zu gestalten, setzen wir auf die Verringerung der Antrags- und Dokumentationslasten für Landwirte.

6. Mobilität

Der Mobilitätssektor hinkt hinterher beim Klimaschutz. Ein 1:1-Ersatz von Verbrennern durch Elektroautos wird allein das Problem nicht lösen, weil auch dann immer noch viel zu viele nicht ausgelastete Fahrzeuge unterwegs sind. Um den nicht abreißenden Verkehrsstrom aufzunehmen, werden Straßenneu- und -ausbauvorhaben vorangetrieben, obwohl in NRW schon sieben Prozent der Fläche für Verkehr genutzt wird. So soll z.B. die A 3 quer durch den Kreis Mettmann auf acht Spuren erweitert werden, weil im Berufsverkehr kurzzeitig Verkehrsspitzen auftreten können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass NRW eine konsequente Verkehrswende einleitet und dabei auf den Straßenaus- und -neubau verzichtet und die Förderung von Bus, Bahn und Fahrrad voranbringt?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Menschen wollen und müssen mobil sein. Auch unsere Wirtschaftsleistung hängt maßgeblich an der Logistik. Mobilität ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Und gleichzeitig muss auch der Verkehrssektor seine Emissionen zügig mindern.

Wir wollen den ÖPNV und den Radverkehr weiter stärken. Die CDU hat (gemeinsam mit der FDP) aus voller Überzeugung das erste eigene Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz, das es in Deutschland gibt, verabschiedet. Zusammen mit Bundesmitteln stehen Nordrhein-Westfalen 102 Mio. Euro für die Förderung des Radverkehrs zu Verfügung. Mehr Mittel gab es noch nie! In Nordrhein-Westfalen sollen künftig 25 Prozent der Verkehrswege auf das Fahrrad entfallen.

Wir wollen, dass NRW endlich wieder zum Bahnland wird. Dazu wollen wir 1 Milliarde Euro für ein System-Upgrade von Stadt- und Straßenbahn, ein besseres regionales Schienennetz, attraktivere ÖPNV-Angebote und in die Modernisierung von Bahnhöfen investieren. Allerdings bedarf dies auch des Ausbaus des Schienennetzes. Wenn wir dabei künftig die Umweltverbände fest an unserer Seite wissen, sind wir dafür sehr dankbar.

Mit dem neuen E-Ticket-System (www.eezy.nrw) haben wir landesweit ein einheitliches ÖPNV-Tarifsysteem eingeführt, in dem Tarifgrenzen keine Rolle mehr spielen. Zudem haben wir das Azubi-Ticket geschaffen, analog zum Studententicket.

7. Technischer Umweltschutz/Anlagensicherheit

Die Menschen in NRW leben seit Jahrzehnten in unmittelbarer Nachbarschaft von Chemie- und Industrieanlagen. Die Lage ist akzeptabel, so lange ihre berechtigten Sicherheitsinteressen ernst genommen werden. Beim Brand der Sonderabfallverbrennungsanlage in Leverkusen wurden erhebliche Defizite bei den Genehmigungen und Überwachungen aufgedeckt. Die CO-Pipeline der Firma Covestro, die durch die Städte Monheim am Rhein, Langenfeld, Hilden, Erkrath und Ratingen führt, birgt ein enormes Gefahrenpotential und ist faktisch nicht zu überwachen.

Werden Sie diese Mängel durch eine personelle Stärkung der Überwachungsbehörden beseitigen und werden Sie dem Schutz der Menschen in der Nähe potentiell gesundheits- und lebensgefährlicher Anlagen größere Bedeutung zumessen?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Voraussetzung für die Inbetriebnahme oder das Betreiben einer Anlagen, von der Gefahren ausgehen können, ist ein stabiles Sicherheitsmanagement. Dieses wird durch zuständigen Behörden fortlaufend überwacht und überprüft. Wir statten die Bezirksregierungen und weitere Gefahrenüberwachungsbehörden personell und technisch ausreichend aus, um Menschen, Natur und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Anlagen zu schützen.

8. Wasser

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Grundwasser und Rheinuferfiltrat spielen für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in NRW eine große Rolle. Siedlungsflächen reichen bis unmittelbar an die Ufer heran und sind somit bei Hochwasser besonders gefährdet – auch im Kreis Mettmann. Die europäische Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) verpflichtet alle Länder, für einen guten Zustand ihrer Gewässer zu sorgen. Hierzu zählen der naturnahe Aus- und Umbau von Fluss- und Bachläufen, die Wiedervernässung von Feuchtgebieten, die Reinigung von Abwässern aus Kläranlagen, Straßen und Siedlungen vor der Einleitung. Der Wiedervernässung von Feuchtgebieten und Mooren kommt außerdem große Bedeutung als CO₂-Senke zu. Werden Sie dafür sorgen, dass die Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umgesetzt wird und NRW seiner europäischen Verpflichtung nachkommt?

Ja Nein **Begründung/Erläuterung:**

Wir setzen die Wasserrahmenrichtlinie als geltendes Recht selbstverständlich um. Dazu haben wir im neuen Landeswassergesetz der öffentlichen Trinkwasserversorgung einen Vorrang bei der Wassernutzung eingeräumt. Neben verschiedenen Belastungen aus Siedlung, Gewerbe, Verkehr, Rohstoffgewinnung und Landwirtschaft gilt es zusätzlich, unser Wasser vor den Auswirkungen von Dürren und Hochwassern zu schützen. Hier bedarf es eines klugen Wasser-managements und des verstärkten Fokus auf innovative Verfahren. Dafür wollen wir u.a. ein nationales Zentrum Wasser in Nordrhein-Westfalen gründen, um die begrenzte Ressource Wasser zu schützen.